

Bilanz der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion mit einem Ausblick auf zukünftige entwicklungspolitische Aktionsfelder

Stand: 1. Juli 2005

Deutschlands Politik der globalen Verantwortung hat eine langfristige und zukunftsweisende Orientierung. Entwicklungspolitik ist ein Kernbereich dieser globalen Verantwortung und Armutsbekämpfung ist das überwölbende Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Friedenssicherung und Armutsbekämpfung sind eng miteinander verbunden. Der Entwicklungspolitik kommt mit ihrem Beitrag zu politischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Stabilität eine tragende Rolle in der internationalen Politik zu. Globalisierung muss sozial gerecht und demokratisch gestaltet werden, um die zunehmende Spaltung der Welt in Arm und Reich zu verhindern.

I. Was haben wir in den letzten 7 Jahren erreicht?

Wir haben Entwicklungspolitik seit dem Regierungswechsel 1998 aus dem Schattendasein herausgeholt und wieder zu einem zentralen Thema auf der nationalen, europäischen und internationalen Agenda gemacht. Entwicklungspolitik wurde zu einem elementaren Bestandteil globaler Struktur- und Friedenspolitik aufgewertet. Dazu wurden

- wichtige entwicklungspolitische Kompetenzen anderer Ressorts in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) überführt: EU-Asien-Afrika-Pazifik-Abkommen, Transform-Programm, Stabilitätspakt Südost-Europa,
- dem BMZ ein Sitz im Bundessicherheitsrat eingeräumt und
- Entwicklungspolitik im Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung als politische Querschnittsaufgabe verankert sowie
- eine entwicklungspolitische Regelprüfung von Gesetzesvorhaben eingeführt.

Wir haben insgesamt die Zusammenarbeit mit Ländern und Regionen weg von einer „Projektitis“ und hin zu strategisch wirkenden Schwerpunktinitiativen und Programmen geführt, bei denen wir eng mit anderen Gebern zusammenwirken. Die Neuausrichtungen wurden während der letzten beiden Legislaturperioden durch inhaltliche, konzeptionelle und organisatorische Reformen beharrlich vorangetrieben.

1. Armutsbekämpfung erfolgreich intensiviert Aktionsprogramm 2015 beschlossen

Deutschland hat sich auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 zu dem internationalen Ziel bekannt, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren. Als eines der ersten Länder hat die Bundesregierung im April 2001 das Aktionsprogramm 2015 zur Bekämpfung der globalen Armut beschlossen. Das Aktionsprogramm enthält u. a. folgende innovative Elemente:

- das Streben nach mehr Kohärenz zwischen den einzelnen Ressorts und Politikbereichen, um Widersprüche zu verringern,

- die Verringerung des Ressourcenverbrauchs in Deutschland, um die Entwicklungschancen anderer Länder zu verbessern und
- die Stärkung der Verfügungsrechte aller Länder über ihre eigenen Ressourcen.

Die vorrangigen Ansatzpunkte des Programms streben strukturelle Änderungen auf der internationalen Ebene sowie in Deutschland, der Europäischen Union und in den anderen Industrieländern mit dem Ziel einer gerechteren und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzordnung an. Darüber hinaus sollen in den Partnerländern Reformprozesse angestoßen werden, die zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit beitragen.

HIV/AIDS-Bekämpfung intensiviert

Die Bekämpfung von HIV/AIDS gehört zu den zentralen Bereichen der Armutsbekämpfung und ist ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik geworden. Deutschland hat daher die Einrichtung eines internationalen Gesundheits- und AIDS-Fonds vorangetrieben, der im Juli 2001 beschlossen wurde. Unser Land spielt eine wichtige Rolle beim weltweiten Kampf gegen AIDS. Wir haben unsere Ausgaben im Kampf gegen AIDS von jährlich 20 Millionen Euro (1998) auf 300 Millionen Euro aufgestockt. Die Zahlungen an den Globalen AIDS-Fonds wurden zuletzt mehr als verdoppelt und betragen mittlerweile 82 Millionen Euro.

Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen unterstützt

Für sein Engagement bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser, der Bekämpfung der Wüstenbildung und für den Erhalt sowie die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt genießt Deutschland weltweit hohes Ansehen. Besondere Anerkennung hat sich die Bundesrepublik durch die Energiekonferenz „Renewables“ im Jahr 2004 in Bonn erworben. Eine Energiepartnerschaft gegen Armut und für nachhaltige Entwicklung durch die Einführung erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz in Entwicklungs- und Schwellenländern konnte weiter vorangetrieben werden. Nur so kann es uns gelingen, aus der Abhängigkeit vom Öl und ihren negativen Folgen zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen globalen Energieversorgung zu gelangen, die die Armen und Ärmsten nicht ausschließt. In der Weltbank haben wir unseren Einfluss dahingehend geltend gemacht, dass bei der Förderung von Rohstoffen ökologische und soziale Belange gemäß den Erkenntnissen des Salim-Berichtes eingehalten werden. Darüber hinaus ist die Politik der Weltbank künftig noch stärker auf die Förderung der erneuerbaren Energien auszurichten. Deutschland förderte Anfang 2005 Projekte in 39 Partnerländern mit einem Gesamtvolumen von rund 2,3 Milliarden Euro. Außerdem ist eine Sonderfazilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingerichtet worden. Mit einem Volumen von bis zu 500 Millionen Euro werden damit bis 2009 zinsverbilligte Darlehen für Investitionen in beiden Bereichen zur Verfügung gestellt.

2. Globalisierung gerecht gestalten

Armutsorientierte Politik von IWF und Weltbank eingeführt

Die Politik maßgeblicher internationaler Organisationen, wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank, ist für die Gestaltung der Globalisierung ebenso wichtig wie internationale Vereinbarungen, Regeln und Konzepte. Wir haben erfolgreich Reformen der Weltbank – weg vom „Washington Consensus“ und den Strukturanpassungsprogrammen hin zur Armutsbekämpfung – umgesetzt und uns

für mehr Mitwirkungsrechte der Entwicklungsländer engagiert. Die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien (PRS) in vielen unserer Partnerländer sind inzwischen zu einem verbindlichen Orientierungsrahmen für die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit geworden. Die Weltbank wurde darüber hinaus in ihrer Geschäftspolitik auf die Kernarbeitsnormen der ILO verpflichtet. In einem Strategiepapier (Post-Washington-Consensus) werden die Aufgaben der Zukunft beschrieben.

Markttöffnung für die am wenigsten entwickelten Länder weiter entwickelt und handelsverzerrende Agrarsubventionen abgebaut

Deutschland hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Belange der Entwicklungsländer in Handelsvereinbarungen angemessen berücksichtigt werden. Wir haben mit der Baumwollinitiative beispielhaft und wirkungsvoll den Abbau armutschaffender Subventionen vorangebracht. Die neue Welthandelsrunde, die in Doha beschlossen wurde, soll eine Entwicklungsrunde werden. Die EU hat im Jahr 2001 im Rahmen der so genannten „Everything but Arms“-Initiative ihre Märkte für die am wenigsten entwickelten Länder praktisch völlig geöffnet. Auch mit der europäischen Agrarreform (Entkoppelung der Agrarsubventionen von der Produktion) und dem im Rahmen der WTO-Verhandlungen erreichten so genannten „Juli-Paket“, das u. a. die Interessen der Entwicklungsländer besonders berücksichtigt, hat die EU gezeigt, dass sie die handelsverzerrenden Agrarsubventionen in den Industrieländern drastisch reduzieren wird.

Frauenförderung zum Gender-Mainstreaming entwickelt

Die Förderung von Frauen ist bereits seit langem zentraler Bestandteil der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1999 hat Deutschland die klassische Frauenförderung als Querschnittsstrategie zum Gender-Mainstreaming weiterentwickelt. In allen Projekten und Programmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern angestrebt. Wir unterstützen Maßnahmen, durch die Frauen Verfügungsrechte über Ressourcen wie Land, Kapital und Bildung erhalten. Der Deutsche Bundestag hat zu den Fragen der Gleichstellung im internationalen Kontext mit zahlreichen Beschlüssen Stellung genommen.

Empfehlungen der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ aufgenommen und umgesetzt

Der Deutsche Bundestag hat sich auf Initiative der SPD als erstes Parlament ausführlich mit den Herausforderungen der Globalisierung und der nachhaltigen Entwicklung an die Politik befasst: Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer, die Partizipation der Bevölkerung und die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung gelegt. Die Enquete-Kommission hat dem Parlament 200 Handlungsempfehlungen für die Gestaltung der Globalisierung an die Hand gegeben, von denen einige bereits zu Parlamentsbeschlüssen geworden sind: Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, Fortführung der Entschuldung, Verbesserung des Marktzugangs für Entwicklungsländer und Abbau aller handelsverzerrenden Agrarsubventionen der Industrieländer, Integration von Umwelt- und Sozialstandards sowie des Vorsorgeprinzips und einer Gender-Agenda in das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO). Wir sind dafür eingetreten, dass transnational operierende Unternehmen sowie Regierungen und Parlamente in deren Herkunftsländern politische Verantwortung für die Einhaltung international vereinbarter Standards wahrnehmen. Deshalb begleiten wir die laufenden Verhandlungen ü-

ber die EU-Dienstleistungsrichtlinie und das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der WTO kritisch.

3. Frieden sichern

Gesamtkonzept und Aktionsplan „Krisenprävention“ entwickelt

In dem Gesamtkonzept und dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wird der Entwicklungspolitik eine zentrale Präventionsaufgabe zugewiesen. Entwicklungszusammenarbeit mit unseren Partnerländern soll durch die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse zur Verhinderung und zum Abbau struktureller Ursachen von Konflikten beitragen. Hierzu wurde das innovative Instrument des Zivilen Friedensdienstes geschaffen. In den ersten fünf Jahren des Zivilen Friedensdienstes wurden 191 Friedensfachkräfte in mehrjährigen Einsätzen eingesetzt. Die Einsatzschwerpunkte liegen in Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika und Südost-Europa.

Unser Beitrag zum Stabilitätspakt Südost-Europa war Teil einer langfristigen Politik der Konfliktprävention. Die Unterstützung der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens auf ihrem Weg des Wiederaufbaus hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist eine zentrale Aufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Zwischen 2000 und 2004 hat die Bundesregierung den Staaten des Stabilitätspaktes Südost-Europa insgesamt 1,174 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Schwerpunkte unseres Engagements liegen auf den Sektoren wirtschaftliche Reformen, Bildung, Infrastruktur und Aufbau des Finanzsektors.

In Afghanistan hat deutsche Entwicklungszusammenarbeit zum Wiederaufbau und einer friedlichen Entwicklung in unserem eigenen Interesse beigetragen. Für den Wiederaufbau in der Region Kundus wurde ein spezielles Konzept für Sicherheit und Entwicklung vereinbart, das erfolgreich umgesetzt wird. Nur gemeinsam mit anderen Akteuren können wir Konfliktlösungen und Friedenskonsolidierung erreichen. Wir haben eng mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet und die Mittel für das Engagement der deutschen Nichtregierungsorganisationen fast verdoppelt.

4. Entwicklungsfinanzierung erweitert

Entschuldung vorangetrieben

Die Entschuldungsinitiative für die ärmsten, hochverschuldeten Länder (HIPC) im Umfang von insgesamt ca. 70 Milliarden US-Dollar, die auf dem Kölner G8-Gipfel auf Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder gestartet und erfolgreich vorangetrieben wurde, ist ein Teil globaler Strukturpolitik. Ein Hauptinstrument für die Umsetzung der MDGs in den Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen sind nationale Armutsminderungsstrategien (Poverty Reduction Strategies (PRS)). Inzwischen haben von den 71 potenziellen PRS-Ländern, die gleichzeitig Kooperationsländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind, bereits 45 Länder eine vorläufige PRS erstellt und 27 Länder vollständige PRS vorgelegt. Diese 27 Partnerländer werden aus einem substantiellen Schuldenerlass in Höhe von ca. 51 Milliarden US-Dollar ihren Nutzen ziehen können. Im Juni 2005 haben sich die G8-Staaten darauf verständigt, armen, hochverschuldeten Ländern zusätzlich multilaterale Schulden bei Weltbank, IWF und Afrikanischer Entwicklungsbank in Höhe von ca. 40 Milliarden US-Dollar zu erlassen.

Stufenplan für das 0,7 Prozentziel festgelegt

Eine aktive Gestaltung und ausreichende Finanzierung der entwicklungspolitischen Vorhaben gehen Hand in Hand. Mit der Annahme des ODA-Stufenplans (öffentliche Haushaltsmittel für die Entwicklungszusammenarbeit) durch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist uns der Durchbruch zur Erreichung des 0,7 Prozentziels für Deutschland und die gesamte Europäische Union gelungen. Trotz der schwierigen Haushaltslage und den Anforderungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bekennen wir uns zu dieser grundlegenden entwicklungspolitischen Verantwortung und werden den deutschen ODA-Beitrag bis 2010 auf 0,51 Prozent anheben und 2015 endgültig 0,7 Prozent erreichen. Ein Beitrag hierzu ist die Entwicklung und Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente wie die Devisentransaktionssteuer oder Entgelte auf die Nutzung globaler öffentlicher Güter, durch die ein Teil der Globalisierungsgewinne dafür eingesetzt werden soll, die Armutsspirale in vielen Teilen der Welt zu durchbrechen.

5. Kooperation mit Sub-Sahara-Afrika intensiviert

Die afrikanischen Regierungen wurden ermutigt und unterstützt, sich in ihren Ländern überzeugend für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft einzusetzen. In diesem Zusammenhang sind die nationalen Armutsbekämpfungs-Strategien und regionalen afrikanischen Mechanismen (u. a. NePAD, African Peer Review Mechanism) gefördert sowie Reformen für gute Regierungsführung weiter vorgetrieben worden. Auch die regionalen Institutionen und wirtschaftlichen Gemeinschaften wurden weiter gestärkt, z. B. im Bereich der grenzüberschreitenden Wasserressourcen, bei der HIV/AIDS-Bekämpfung und bei der Wirtschaftsförderung. Afrika ist unser Nachbarkontinent, und die Perspektiven Afrikas sind eng mit den Lebensverhältnissen in Europa verbunden. Deshalb ist Afrika Schwerpunktkontinent für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit; ungefähr ein Drittel der deutschen bilateralen und multilateralen Leistungen in Höhe von ca. 2 Milliarden Euro werden für Programme in Afrika verwandt. Zum Stand und den Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit mit Sub-Sahara-Afrika haben wir im Frühjahr 2005 ein neues Afrika-Konzept verabschiedet.

6. Instrumente und Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit modernisiert

System der deutschen Entwicklungszusammenarbeit modernisiert

Wir haben klare Scherpunktsetzungen vorgenommen. Die Zahl der Partnerländer wurde auf rund 70 Länder reduziert. Neue Länder- und Sektorschwerpunkte wurden gebildet und innovative Instrumente wie Programmbildung und Gemeinschaftsfinanzierungen sind eingeführt worden. Außerdem wurden die institutionellen und organisatorischen Strukturen der deutschen EZ durch die Integration der DEG in die KfW und die Fusion von CDG/DSE zu InWent sowie die eingeleitete Dezentralisierung und den deutschen Aktionsplan zur Umsetzung der Geberharmonisierung weiter reformiert.

Wirkungsbeobachtung der Entwicklungszusammenarbeit verbessert

Die deutsche EZ verfügt seit über drei Jahrzehnten über ein System der Erfolgskontrolle und gehört damit zu den wenigen Politikbereichen in Deutschland, in denen sich Erfolgskontrolle systematisch etabliert hat. Monitoring und Evaluierungen wurden in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil der Steuerung von Lernprozessen sowie von Qualitäts- und Informationsmanagement der beteiligten Institutionen gemacht. Wesentliche Schlussfolgerungen und Empfehlungen von Evaluierungen

gen des BMZ sowie der deutschen Durchführungsorganisationen werden darüber hinaus regelmäßig veröffentlicht.

Netzwerk von strategischen EZ-Akteuren in Deutschland gestärkt

In den letzten Jahren haben wir dazu beigetragen, ein aktives Bündnis zwischen Bundesregierung, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Ländern und Kommunen, Gewerkschaften und Teilen der deutschen Wirtschaft aufzubauen. Alle genannten Akteure leisten einen Beitrag zur positiven Gestaltung der Globalisierung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten. Dieses Bündnis wollen wir fortentwickeln, um Deutschlands Beitrag und Ansehen in der Welt zu stärken.

7. Weitere entwicklungspolitische Aktionsfelder

PPP als neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) geschaffen

Die Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (PPP) sind seit 1999 zu einem wichtigen Instrument der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit geworden. Entwicklungspartnerschaften mobilisieren zusätzliche privatwirtschaftliche Ressourcen für die Entwicklungspolitik und stärken die gesellschaftspolitische und soziale Verantwortung der Unternehmen für eine gerechte Ausgestaltung der Globalisierung. Es sind bereits mehr als 800 Partnerschaften in über 60 Ländern hauptsächlich mit mittelständischen Unternehmen in einer Größenordnung von 3,2 Milliarden Euro begonnen worden.

Wiederaufbau nach der Tsunami-Flutkatastrophe in Süd- und Südostasien Deutschland reagiert rasch, wirksam und solidarisch

Die besondere Stärke deutscher Entwicklungspolitik liegt in der breiten gesellschaftlichen Basis, die sie trägt. Die großartige Hilfsbereitschaft nach der Tsunami-Katastrophe hat gezeigt, wie tief das Solidaritätsempfinden in der deutschen Bevölkerung verankert ist. Wir haben diesem klaren Signal unmittelbar Rechnung getragen und uns zu einem außerordentlichen Beitrag zum Wiederaufbau der Region und der Katastrophenvorsorge verpflichtet. Beim Einsatz dieser Mittel wollen wir auch dazu beitragen, dass Frieden und Stabilität in den betroffenen Ländern endlich dauerhaft verankert werden. Mit der Zusage von 500 Millionen Euro staatlicher Hilfe für den Wiederaufbau in den kommenden fünf Jahren - zusätzlich zu der bereits geleisteten humanitären Hilfe in Höhe von rd. 20 Millionen Euro - steht unser Land international im Spitzenfeld der Geberländer. Die initiierte Partnerschaftsinitiative unterstreicht die verbreitete Bereitschaft in Deutschland zur kurzfristigen Hilfe und zur nachhaltigen internationalen Solidarität. Von einer Vielzahl privater Initiativen zugunsten der Flutopfer wurden Spenden in einer Höhe mobilisiert, die das Volumen öffentlicher Hilfe übertrifft.

Eine positive Gesamtbilanz, die sich sehen lassen kann

Deutschland liegt unter den wichtigsten 21 Industrienationen aufgrund einer zum zweiten Mal im Jahr 2004 erstellten entwicklungspolitischen Rangskala nach einem Geberbewertungsindex (Commitment to Development Index) auf Platz 7. Dies ist für Deutschland ein besonderer entwicklungspolitischer Erfolg. Der Index bewertet die Politik der reichen Staaten, ob sie in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Handel, Einwanderung, Investitionen und Umweltschutz Entwicklungsländern eher hilft oder schadet.

II. Was wollen wir in den kommenden Jahren erreichen?

Die aktive Gestaltung der Globalisierung, die Stärkung ihrer sozialen und ökologischen Dimension sind Anker und Leitbild unserer Entwicklungspolitik. Den Frieden zu sichern, breitenwirksames Wachstum zu Gunsten der Ärmsten und Armen in der Welt zu fördern, eine lebenswerte Umwelt für alle Menschen zu erhalten, werden auch in den kommenden Jahren Ziele unseres entwicklungspolitischen Engagements sein.

Mit einem eigenständigen Ministerium werden wir die deutsche Entwicklungspolitik weiter zu einem zentralen, global gestaltenden Element unserer internationalen Verantwortung ausbauen und stärken. Unsere Arbeit in der Weltbank und den Vereinten Nationen dient diesem Ziel. Uns geht es dabei auch um Finanzstabilität; dazu wollen wir Instrumente einer stärkeren globalen Regulierung mit den Partnerländern entwickeln.

Den programmatischen Rahmen unserer Entwicklungspolitik bilden weiterhin die Millenniumserklärung und die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), der Monterrey-Konsens zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, der Johannesburg-Aktionsplan zur nachhaltigen Entwicklung sowie die Paris-Erklärung der OECD zur Harmonisierung der Geberaktivitäten und unser eigenes Aktionsprogramm 2015 zur Bekämpfung der weltweiten Armut.

Demokratie fördern und Menschenrechte verwirklichen, die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringen, allen Kindern den Schulbesuch ermöglichen, eine ausreichende Gesundheitsversorgung gewährleisten und der globalen Bedrohung HIV/AIDS begegnen sind weitere wesentliche Ziele unserer Entwicklungszusammenarbeit. Verantwortliche Regierungsführung unserer Partnerländer, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, wie auch der Kampf gegen die Korruption sind unabdingbare Maßstäbe für die Erreichung der internationalen Entwicklungsziele. Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit werden sein:

1. Armutsbekämpfung fortsetzen

Neue globale Partnerschaft verwirklichen - Aktionsprogramm 2015 fortführen

Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 stellt den gemeinsamen Fahrplan der internationalen Staatengemeinschaft zu einer gerechteren und friedlicheren Welt dar. Die erste Überprüfungskonferenz wird vom 14. bis 16. September 2005 in New York stattfinden. Deutschland hatte als eines der ersten Länder mit dem Aktionsprogramm 2015 seine Beiträge zur Umsetzung der Millenniumserklärung und der Millenniumsentwicklungsziele dargelegt. Aufbauend auf den Ergebnissen obiger Konferenz und aktuellen Erfordernissen werden wir das Aktionsprogramm 2015 anpassen und fortführen.

Bekämpfung von HIV/AIDS verstärken

Die Bekämpfung von HIV/AIDS gehört zu den zentralen Bereichen der Armutsbekämpfung und ist ein wichtiger Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Die Grundsätze, Erfolgsvoraussetzungen und Handlungserfordernisse der AIDS-Bekämpfung werden zu einer umfassenden deutschen Strategie der AIDS-Bekämpfung fortentwickelt. Deutschland hat die Einrichtung eines internationalen Gesundheits- und AIDS-Fonds (GFAMT) vorangetrieben. Wir werden uns zukünftig gegenüber nichtstaatlichen Gebern, d. h. Unternehmen, privaten Spendern und

Nichtregierungsorganisationen dafür einzusetzen, dass zusätzliche Beiträge zur Bekämpfung von HIV/AIDS durch den Fonds zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann die globale Partnerschaft zwischen Vereinten Nationen, Unternehmen und Zivilgesellschaft im Kampf gegen die Pandemie weiter intensiviert wird.

Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen weiter fördern

Die wachsende Zerstörung der natürlichen Ressourcen gefährdet in zunehmender Weise die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Existenzgrundlage vieler Menschen. Umweltzerstörung macht die Menschen arm und Armut führt zu Umweltzerstörung. Um die ökologische Nachhaltigkeit in Zukunft zu erreichen, ist nach unserer Auffassung in der Zusammenarbeit mit den Partnerländern eine veränderte Ressourcen- und Energiepolitik notwendig: eine Minderung der Nutzung von fossilen Energieträgern, nachhaltige Waldwirtschaft, die Bekämpfung der Wüstenbildung, der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Die Zielperspektive, bis zum Jahr 2015 eine Milliarde Menschen aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen, die auf der Bonner Weltkonferenz für erneuerbare Energien im Jahr 2004 entwickelt wurde, wollen wir daher aktiv unterstützen. In diesem Sinne werden wir unseren Einfluss in der Weltbank dahingehend geltend machen, dass die Fördermittel der Weltbank für erneuerbare Energien jährlich schrittweise gesteigert werden. Deutschland wird zwischen 2003 und 2007 insgesamt eine Milliarde Euro für erneuerbare Energien und für die Steigerung der Energieeffizienz in den Partnerländern des Südens bereitstellen, um auch in diesem Politikfeld einen substantziellen Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) zu leisten.

Umwelt- und Ressourcenschutz sind kein Selbstzweck. Es ist unabdingbar, den Menschen in den Partnerländern Chancen zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern. Eine wichtige Voraussetzung hierfür sind ökologisch intakte Lebensräume. Wir setzen uns daher auf der Grundlage des Aktionsprogramms des Gipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg international und national mit Nachdruck für Maßnahmen des Umwelt- und Ressourcenschutzes ein. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Harmonisierung zwischen Handels-, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

2. Globalisierung gerecht gestalten

Vereinte Nationen stärken

Die von Generalsekretär Kofi Annan vorgeschlagenen Reformen des UN-Systems werden von uns voll unterstützt, weil wir die Effizienz und Wirksamkeit der Vereinten Nationen stärken wollen. Wir setzen uns weiterhin für eine konsequente Politik des Interessenausgleichs und des Multilateralismus ein.

IWF und Weltbank reformieren

Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank ist für die Gestaltung der Globalisierung von besonderer Bedeutung. Deswegen werden wir uns weiterhin für eine armutsorientierte Entwicklungspolitik dieser beiden Institutionen einsetzen. Darüber hinaus muss die Demokratisierung von IWF und Weltbank weiter vorangetrieben werden. Die Verteilung der Stimmrechte sollte zugunsten der Entwicklungsländer verändert und die Verantwortung für die Umsetzung nationaler Armutsbekämpfungsstrategien stärker in die Partnerländer verlagert werden.

WTO – Entwicklungsrunde durchsetzen

Die Durchsetzung gerechter internationaler Handelsbeziehungen bleibt wesentliches Ziel unserer globalen Strukturpolitik. Bei den Verhandlungen muss Handelsliberalisierung mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden. Das bedeutet auch, dass wir internationale Allianzen weiter aufbauen und stärken werden. Die in Doha eingeleitete „Entwicklungsrunde“ der Welthandelsorganisation (WTO) muss erfolgreich beendet und der Marktzugang für die Entwicklungsländer erweitert werden. Auch die Verhandlungspositionen unserer Partnerländer müssen durch handelsbezogene Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Denn der Protektionismus der reichen Industrieländer kostet die Entwicklungsländer jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar. Wir setzen uns dafür ein, dass die handelsverzerrenden Agrar- und Exportsubventionen der Industrieländer drastisch reduziert werden mit dem Ziel, sie mittelfristig ganz abzuschaffen. Wir unterstützen die konsequente Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, dass Kernarbeitsnormen und Umweltbelange in der WTO stärker berücksichtigt werden. Außerdem ist es wichtig, den Entwicklungsländern im Rahmen der „Doha-Entwicklungsrunde“ Schutzmaßnahmen zur Ernährungssicherung zu gewähren. Nur so können Wachstum und Entwicklung global gerechter gestaltet werden.

Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Voraussetzung für Entwicklung fördern

Frauen sind der Schlüssel zur Entwicklung. In den kommenden Jahren wollen wir mittels Gender-Mainstreaming die Stärkung von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter forcieren. Im Rahmen der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele werden wir uns weiterhin für die Bildung, berufliche Qualifizierung, Gesundheit, den Zugang zu Land und Ressourcen sowie für die politische und rechtliche Gleichstellung von Frauen und Mädchen einsetzen.

3. Frieden sichern

Krisenprävention und Konfliktbewältigung ausbauen

In dem Gesamtkonzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ werden Krisenprävention und Friedensentwicklung als Querschnittsaufgabe definiert. Der Entwicklungspolitik wird eine zentrale Präventionsaufgabe zugewiesen. Hierzu wurde auch das neue Instrument des Zivilen Friedensdienstes geschaffen, das weiter auszubauen ist. Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ ist in der Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern weiter zu konkretisieren und als strategischer Rahmen für eine dauerhafte Partnerschaft zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist auch die Zusammenarbeit mit NROs, Kirchen und Stiftungen zu verstärken, die privilegierte Partner der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Konfliktbewältigung und Friedensarbeit sind.

4. Entwicklungsfinanzierung erweitern

Das 0,7 Prozentziel erreichen

Auf der VN-Konferenz „Financing for development“ von Monterrey im März 2002 haben Industrie- und Entwicklungsländer einen neuen internationalen Konsens gefunden: Die Industrieländer haben sich bereit erklärt, ihre finanziellen Leistungen für Entwicklung zu erhöhen. Und die Entwicklungsländer haben sich zu ihrer Eigenverantwortung und zu guter Regierungsführung als Grundprinzipien ihrer Politik bekannt. Mit unserer Zusage, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationalproduktes zu steigern, werden wir die finanziellen Grundlagen unseres entwicklungspolitischen

Handelns stärken und in Schlüsselsektoren die Zusammenarbeit mit unseren Schwerpunkt- und Partnerländern intensivieren.

Entschuldung weiter forcieren

Die gesamte Auslandsverschuldung hochverschuldeter, armer Länder muss auf ein tragfähiges Niveau reduziert werden, um hinreichende Spielräume für die Armutsbekämpfung zu schaffen. Auf dem G7-Finanzministertreffen wurde für die ärmsten Länder die Erweiterung der multilateralen Entschuldung durch einen 100-prozentigen Erlass ihrer Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF), beim International Development Association (IDA) und bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDF) beschlossen, um die Auslandsverschuldung dieser Länder nochmals zu reduzieren und die Spielräume für die Armutsbekämpfung auszuweiten. 18 Staaten, davon 14 Länder in Afrika südlich der Sahara, werden ihre Schulden in Höhe von mehr als 40 Milliarden US-Dollar erlassen. Bis zu 20 weitere Staaten könnten ebenfalls zukünftig von einem Schuldenerlass profitieren, wenn sie Bedingungen, wie die Umsetzung demokratischer Reformen und die Bekämpfung von Korruption, erfüllen. Der Gesamtumfang des Entschuldungspakets könnte dann mehr als 55 Milliarden US-Dollar erreichen. Der konsequente Einsatz freiwerdender Mittel zur Armutsbekämpfung und eine gute Regierungsführung sind und bleiben in diesem Zusammenhang die Voraussetzung für Entschuldung. Die Beschlüsse zu einer umfassenden Antwort auf die Probleme hochverschuldeter armer Länder sind zu begrüßen. Die G7-Staaten sind aufgefordert, die weitere Umsetzung der Entschuldung zu beschleunigen. Dies unterstützen wir.

Neue Finanzierungsinstrumente entwickeln

Der reguläre Schuldendienst der Entwicklungsländer gefährdet die Erreichung des wichtigsten Ziels der MDGs, die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Deswegen werden wir auch die Entwicklung von zusätzlichen, innovativen Finanzierungsinstrumenten unterstützen. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag zur Einführung einer Internationalen Finanzierungsfazilität (IFF) grundsätzlich zu begrüßen. Die IFF sieht eine Verbriefung von Zusagen öffentlicher Entwicklungshilfe vor, durch die für einen Zeitraum von 15 Jahren Zahlungen in Höhe von bis zu 50 Milliarden Dollar zusätzlich pro Jahr an die ärmsten Entwicklungsländer überwiegend als Zuschuss gewährt werden soll. Um die Aufbringung zusätzlicher öffentlicher Mittel zu gewährleisten, müssen aber auch weitere, innovative Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden. Bereits im Rahmen der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey wurden 2002 Vorschläge für eine Devisentransaktionssteuer und von Entgelten für die Nutzung globaler öffentlicher Güter unterbreitet. Deutschland hat diese wichtigen Instrumente beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2005 positiv hervorgehoben. Diese Steuern und Abgaben haben teilweise eine ökologische Funktion und auch eine Lenkungsfunktion auf Kapitalströme. Sie schaffen erhebliche Einnahmen, die zur Armutsbekämpfung und für eine präventive Umweltpolitik eingesetzt werden können. Die neuen Finanzierungsinstrumente sollten international koordiniert eingeführt werden. Sie können jedoch in einem ersten Schritt auch innerhalb der EU eingesetzt werden, ohne dass dadurch größere Wettbewerbsverzerrungen zu erwarten wären. Dies belegen neuere Studien zu den Nutzungsentgelten und zur Devisentransaktionssteuer. Bei der europaweiten Einführung einer Devisentransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,01 Prozent pro Devisentransaktion könnten z. B. pro Jahr Mittel in Höhe von rund 20 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Auch Nutzungsentgelte schließen eine Regelungslücke, da Treibhausgas-Emissionen aus dem internationalen Luft- und Schiffsverkehr nicht vom Kyoto-Protokoll erfasst werden. Das Nutzungsentgelt könnte in Form einer Kerosinsteuer oder einer Ticketsteuer erhoben werden. Die Einführung einer internationalen Kerosinsteuer ist Gegenstand einer gemeinsamen deutsch-französischen Initiative. Die beste Lösung wäre die EU- oder gar weltweite Einführung einer solchen Steuer. Eine neuere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass mit der Besteuerung von Kerosin jährlich Mittel in Höhe von bis zu sieben Milliarden Euro eingenommen werden könnten.

5. Zusammenarbeit mit Sub-Sahara-Afrika verstärken - Armut und Marginalisierung überwinden

Afrika stellt global die größte Entwicklungsherausforderung dar. Unsere wichtigste regionale Verpflichtung ist die Hilfe zum Aufbau auf dem afrikanischen Kontinent. Kriege, Krisen und Konflikte erschüttern viele Länder Afrikas. Zugleich ist es der Kontinent mit vielen Entwicklungspotentialen. Auch vor dem Hintergrund der Millenniums-Entwicklungsziele muss uns daran gelegen sein, unseren Nachbarkontinent Afrika auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Frieden und Stabilität voranzubringen. Deutschland und die Europäische Union sind starke Partner für die NEPAD-Initiative, die Afrika vorangebracht hat. Dieses Engagement müssen wir beibehalten und weiter ausbauen. Nach letzten Schätzungen einer Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank wären zusätzliche jährliche Finanzmittel in Höhe von 20-25 Milliarden US-Dollar notwendig, um ca. 30 afrikanischen Staaten, die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit derzeit hinreichend effizient nutzen, die Erreichung der MDGs im geplanten Zeitrahmen zu ermöglichen.

6. Die Entwicklungszusammenarbeit weiter reformieren Effizienz und Wirksamkeit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erhöhen

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Koordination, Kooperation und Komplementarität der europäischen EZ weiter erhöht wird. Effizienz, Qualität und nachhaltige Wirksamkeit der Zusammenarbeit mit den Partnerländern im Rahmen der europäischen EZ müssen weiter gesteigert werden.

Effizienz bei der Geberharmonisierung steigern

Eine gesteigerte Effizienz bei der Geberharmonisierung soll erreicht werden. Deutschland unterstützt diese Bemühungen seit 2003 durch einen eigenen Aktionsplan zur Harmonisierung von Geberpraktiken und setzt damit seine Anstrengungen um eine EZ aus einem Guss weiterhin konsequent fort. Im Hinblick auf die Harmonisierung, Flexibilisierung und Vereinfachung von Verfahren und Instrumenten sollen weitere deutliche Fortschritte erzielt werden. Gemeinsame Länder- und Sektoranalysen der bi- und multilateralen Geber, gemeinsame Projekt-, Programm- und Schwerpunktprüfungen sowie gemeinsames Monitoring und Evaluieren sollen zukünftig intensiviert werden.

Mitgestaltung der multilateralen und der europäischen Programme der EZ erweitern

Die Möglichkeiten der Mitgestaltung der multilateralen und der europäischen Programme der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sollen erweitert und damit die Hebelwirkung deutscher EZ weiter gesteigert werden. Dies beinhaltet zukünftig eine intensivere Beteiligung an programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen oder an Budgetfinanzierungen.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit in Deutschland intensivieren

Durch eine verstärkte ressortübergreifende Zusammenarbeit mit den Partnerländern soll der Kooperation ein noch stärkeres politisches Profil gegeben werden. Friedenssicherung, zivile Krisenprävention und Stärkung demokratischer Strukturen sind Querschnittsaufgaben unserer Politik. Diese Aufgaben sollen durch die Erarbeitung ressortübergreifender Länder- bzw. Regionalstrategien wahrgenommen werden. Hierzu ist eine noch engere Abstimmung zwischen außen-, entwicklungs-, menschenrechts- und sicherheitspolitischen Aktivitäten sowie anderen Politikfeldern anzustreben.

7. Weitere entwicklungspolitische Aktionsfelder

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft verstärken

Entwicklungspartnerschaften mit privaten Unternehmen werden in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Wir setzen uns in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen und der Zivilgesellschaft dafür ein, die Entwicklungspartnerschaften verstärkt auf die zur Bekämpfung der Armut relevanten Sektoren Gesundheit, Grundbildung und ländliche Entwicklung sowie auf die am wenigsten entwickelten Länder auszurichten. Trilaterale Partnerschaften von privaten Unternehmen, Zivilgesellschaft und Staat sind eine erfolversprechende Bedingung für die Realisierung nachhaltiger und strukturell wirksamer Maßnahmen. Aus der Zusammenarbeit entsteht für alle Partner ein weit größerer Nutzen, als bei rein öffentlichen oder rein privatwirtschaftlichen Investitionen.

Ankerländer – Partner für globale Entwicklung: Entwicklungspolitik mit „global players“ im gemeinsamen Interesse weiterentwickeln

Die Zusammenarbeit mit den so genannten Ankerländern, denen aufgrund ihres politischen und wirtschaftlichen Gewichts eine besondere regionale Rolle zukommt, ist für uns in der globalen Welt von besonderer Bedeutung. Die Ankerländer sind für uns Partner zur Erreichung regionaler Stabilität und zur Erreichung der internationalen Entwicklungsziele sowie hinsichtlich des globalen Klimaschutzes. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ankerländern soll umgestaltet und weiterentwickelt werden. Zukünftig geht es darum, die Qualität und neue Inhalte der Kooperation in den Vordergrund zu stellen. Gezielte Weiterentwicklungen der Zusammenarbeit entsprechen dem Ziel nach einer Konzentration auf globale und regionale Herausforderungen, z. B. beim Schutz globaler Umweltgüter.